

# Sélection d'article sur la politique suisse

processus

**Kampagne der SVP gegen die Masseneinwanderungsinitiative**

# Imprimer

## Éditeur

Année Politique Suisse  
Institut für Politikwissenschaft  
Universität Bern  
Fabrikstrasse 8  
CH-3012 Bern  
[www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss)

## Contributions de

Bühlmann, Marc

## Citations préféré

Bühlmann, Marc 2025. *Sélection d'article sur la politique suisse: Campagne der SVP gegen die Masseneinwanderungsinitiative, 2013 - 2014*. Bern: Année Politique Suisse, Institut de science politique, Université de Berne. [www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss), téléchargé le 02.08.2025.

# Sommaire

<b>Partis, associations et groupes d'intérêt</b>	<b>1</b>
Partis	1
Grands partis	1

## Abréviations

**UBI**            Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen

---

**AIEP**            Autorité indépendante d'examen des plaintes en matière de radio-télévision

# Partis, associations et groupes d'intérêt

## Partis

### Grands partis

**INITIATIVE POPULAIRE**  
DATE: 29.12.2013  
MARC BÜHLMANN

Schon früh startete die SVP ihre Kampagne zur **Initiative „gegen die Masseneinwanderung“**. An der Delegiertenversammlung in Reiden (LU) Ende November wurde das eigene Begehren nicht nur einstimmig zur Annahme empfohlen, sondern Parteipräsident Brunner (SG) wetterte auch gegen die Wirtschaft, der man immer die nötigen Arbeitskräfte gegeben habe, die aber masslos geworden sei. Mit der SVP-Initiative lasse sich die Zuwanderung, die Wohnraum- und Mobilitätsprobleme verursache und zudem inländische Arbeitnehmer bedrohe, wieder besser steuern. Die Personenfreizügigkeit hätte der Schweiz nicht gebracht, was versprochen worden sei. Für ein souveränes Land sei es selbstverständlich, dass es selber bestimme, wer einwandere und wer wie lange bleiben dürfe. Ende Jahr verschickte die Partei ihr Extrablatt, eine parteieigene Kampagnenpostille, in alle Schweizer Haushalte. Diese Kampagnenmassnahme scheint von der Volkspartei den klassischen Zeitungsinseraten immer stärker vorgezogen zu werden.<sup>1</sup>

**INITIATIVE POPULAIRE**  
DATE: 09.02.2014  
MARC BÜHLMANN

Die **Masseneinwanderungsinitiative** bescherte der **SVP** einen nicht wirklich erwarteten Erfolg. Umfragen im Vorfeld der Abstimmung wiesen eher auf eine Ablehnung hin. Einzelne SVP-Exponenten im Umfeld der Auns und der Jungpartei dachten im Falle einer Ablehnung laut über einen Frontalangriff gegen die Personenfreizügigkeit nach, was in der Parteizentrale allerdings als Unsinn bezeichnet wurde. Es gehe um die Begrenzung der Einwanderung. Nach der Annahme der Initiative schien die SVP eine Weile in Verlegenheit. Parteipräsident Toni Brunner sah seine Partei in einem Interview mit dem "Sonntags-Blick" bei der Umsetzung nicht in der Pflicht. Verantwortung könne man erst mit einem zweiten Bundesratssitz übernehmen. Allerdings forderte die Partei dann relativ rasch die Einsetzung einer Arbeitsgruppe zur Umsetzung der Initiative, in der die SVP vertreten sei. Anders als noch bei der Ausschaffungsinitiative, als die SVP in einer solchen Gruppe Einsitz genommen hatte, weigerte sich Bundesrätin Sommaruga jedoch, eine solche Gruppe zu konstituieren. Die SVP könne – wie alle anderen Interessenten auch – via Vernehmlassung Stellung nehmen. Sollte ihr Begehren nicht nach ihrem Gusto umgesetzt werden, drohte die SVP mit einer erneuten Durchsetzungsinitiative oder laut einer Aussage von Christoph Blocher Mitte August mit einer Initiative zur Kündigung der Personenfreizügigkeit. Auch eine Kündigung der bilateralen Verträge mit der EU propagierte der ehemalige SVP-Bundesrat als gangbaren Weg, falls die EU auf eine Einschränkung der Personenfreizügigkeit nicht eingehe. Die EU sei vor allem auf den Landverkehrsvertrag – einer der sechs verbundenen Verträge – angewiesen, weil er die Durchfahrt von Nord nach Süd sichere; deshalb werde sie diese Verträge nicht aufkünden.<sup>2</sup>

**AUTRE**  
DATE: 15.02.2014  
MARC BÜHLMANN

Zu den zahlreichen Gratulanten für den Erfolg der Masseneinwanderungsinitiative gehörte auch die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (**NPD**), eine rechtsextreme Partei. Das Resultat wurde als „weithin strahlendes politisches Signal gegen die Entmündigung der europäischen Völker“ bezeichnet, das den Kampf der NPD bestärke.<sup>3</sup>

**AUTRE**  
DATE: 12.12.2014  
MARC BÜHLMANN

Erfolg hatte die **SVP** mit ihrer **Klage gegen Radio SRF1**, das in einem im April ausgestrahlten Beitrag den Wegzug des Erdölkonzerns Weatherford aus der Schweiz mehrmals mit dem Ja zur Masseneinwanderungsinitiative vom 9. Februar in Beziehung gebracht hatte. Die unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen (UBI) hiess eine Beschwerde der SVP mit 8 zu 1 Stimmen deutlich gut. Es finde sich kein Beleg für die Behauptung der Sendung, und hier sei das Sachgerechtigkeitsverbot verletzt worden.<sup>4</sup>

1) SoZ, 17.11.13; Sonntagspresse vom 24.11.13; Presse vom 25.11.13; So-Bli, 29.12.13

2) SO, 19.1.14; So-Bli, 23.2., 6.4.14; AZ, 5.6.14; NZZ, 18.8.14; Blick, 8.11.14

3) SO, 16.2.14

4) NZZ, 13.12.14